

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Strassburger und Gipsstrasse  
Grtz. Strassburger, Berlin.  
Telefon: Amt. Strassburger 4133/4134



Strassburger und Gipsstrasse  
Berlin G2 61, Tele. Strassburger 4133 &  
Tele. Amt. Strassburger

Die Redaktion ist in Berlin.  
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Nachrichten und Berichte  
der Redaktion, von dem Verfasser der Artikel zu trennen.

Berlin, den 6. Dez. 1932.

Int. Instituut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

Reichstags-Beginn.

Göring wiedergewählt - Esser erster Vizepräsident.

SPD. Berlin, 6. Dezember (Eig. Bericht).  
Das Reichstagsgebäude war am Dienstag in weitem Umkreis abgesperrt. Die Absperrung wurde strenger gehandhabt denn je. Die Nationalsozialisten, die früher stets über diese Absperrung des Parlaments von der Volksmasse gehöhnt haben, sind jetzt sehr damit einverstanden. Sie halten ja den Präsidentenposten besetzt. Viele von den Neugierigen, die hinter den Schupketten standen, trugen Hakenkreuze. Dutzende Nationalsozialisten gingen mit Sammelbüchsen durch die Scharen und bettelten "Für den Kampfschatz". Der Erfolg war gering. Nur selten wurde eine kleine Münze in den grossen Schlitz geworfen. Schlechte Konjunktur für die Nazis. Im Betteln macht ihnen die Heilsarmee erfolgreich Wettbewerb. In die für die Weihnachtshilfe aufgestellten Suppentöpfe der Heilsarmee fallen viel öfter Groschen als in die Sammelbüchsen der Heilsarmee Adolf Hitlers.

Im Reichstagsgebäude selbst wurde bei der raschen Folge von Auflösungen die Eröffnung schon beinahe zur Gewohnheit. Es war gut, dass die Nationalsozialisten wieder in voller Uniform erschienen. So wurde deutlich, dass der braune Fleck im Sitzungssaal durch die letzten Wahlen schon merklich kleiner geworden ist. Als dem Vorhang hinter dem Präsidentenstuhl tauchte ganz unmerklich der Alterspräsident General a. D. von Litzmann auf. Seine Fraktion musste erst angestossen werden, ehe sie in die vorgeschriebenen Heil-Rufe ausbrach. Die Kommunisten antworteten mit "Nieder! Nieder!" Beiderseits ist das Gebrüll mit Heil und Nieder aber gemächlich.

General Litzmann redet. Er ist 82 Jahre alt; körperlich wohl erhalten. Reden des Alterspräsidenten pflegt man keiner scharfen Kritik zu unterziehen. Immerhin: so etwas an geistigem Versagen dürfte der Reichstag noch niemals bei einem Alterspräsidenten erlebt haben. Litzmanns Rede hatte zwei Abschnitte. Erstmal feierte er den guten Adolf Hitler als bereitstehenden Retter des Vaterlandes, dem der Reichspräsident nicht erlaube, die Messiasarbeit für das Deutsche Volk zu leisten. Im zweiten Teil brach offensichtlich alte Generalseifersucht gegen den einstigen Kameraden und obersten Heerführer durch. Litzmann feierte seine eigenen Schlachtensiege oder was er davon hält und schleuderte dann gegen Hindenburg Vorwürfe, die nach den Ehrbegriffen der Offiziere eigentlich zu einem Zweikampf führen müssten. Aber dazu sind erfreulicherweise beide Herren zu alt. Litzmann wagte gegenüber dem Reichspräsidenten zu sagen, dass es sich jetzt darum handele, ob Hindenburg dem Fluch entgehe, das Deutsche Volk in Verzweiflung und in die Arme des Bolschewismus getrieben zu haben. Auch Rücksicht auf auswärtige Mächte warf der Alterspräsident seinem Generalkollegen auf dem Präsidentenstuhl des deutschen Reiches vor. Hier schäumte der Patriotismus unserer Kommunisten auf. Sie schimpften die Nationalsozialisten Vaterlandsverräter und erinnerten an deren Preisgabe Südtirols. Der Alters-

präsident endete so sang- und klanglos, dass seine Fraktion vergass, ihm Beifall zu zollen. Anschliessend erhob sich einer der provisorischen Schriftführer, der ein Schreiben des Reichskanzlers über dessen Bestallung und die Besetzung seines Kabinetts verlas. Heiterkeit erregt es, dass als erste Vorlage ein Gesetzentwurf gegen die Falschmünzerei eingegangen ist. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 566 Abgeordneten. Das Haus ist also beschlussfähig.

Die Nationalsozialisten beantragten die sofortige Freilassung von zwei inhaftierten Abgeordneten; die Kommunisten verlangten dasselbe für drei ihrer Fraktionskollegen. Abg. Dittmann (Soz) sagte zu, dass die Sozialdemokratie für die sofortige Freilassung der Kommunisten eintrete, weil es sich hier um literarischen Hochverrat und um den Vertrieb von verbotenen Schriften handele. Dagegen handele es sich, wie er informiert sei, bei den Nationalsozialisten um einen Abgeordneten, der in Elberfeld aus einem Auto geschossen ein junges Mädchen getötet habe und deshalb wegen Totschlags unter Anklage stehe. Der andere nationalsozialistische Abgeordnete sei einer der schleswig-holsteinischen Bombenleger. Er beantragte, dass diese beiden nationalsozialistischen Fälle dem sofort zu bildenden Geschäftsordnungsausschuss überwiesen würden. Ohne Nachprüfung könne die Sozialdemokratie nicht für den nationalsozialistischen Antrag stimmen. Sofort meldete sich der nationalsozialistische Abgeordnete Frick um Widerspruch gegen die Freilassung auch der kommunistischen Abgeordneten zu erheben. Der Alterspräsident in seiner Hilflosigkeit machte keinen Unterschied zwischen den Anträgen. Es wurde dadurch die Freilassung auch der kommunistischen Abgeordneten verhindert.

Die Kommunisten versuchten zunächst durch dauernde Zwischenrufe im Chor die Wahl des Präsidenten zu verhindern. Bald aber gaben sie diese Sabotage auf. Der Nationalsozialist Frick schlug als ersten Präsidenten wieder den Reichstagsabgeordneten Göring vor. Die Deutschnationalen stellten als Gegenkandidaten ihren Fraktionskollegen Gräf vor, was erneut die Kluft zwischen Hugenberg und Hitler aufzeigte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann erklärte, dass die Sozialdemokratie nur einen Präsidenten wähle, der zur Wahrung der Rechte des Reichstags aufgrund seiner Ueberzeugung geeignet sei. Die Nationalsozialisten hätten sich immer wieder als grundsätzliche Gegner des Parlaments gezeigt. Die Sozialdemokraten schlugen den bewährten langjährigen Präsidenten Paul Löbe vor. Nun gab es ein komisches Zwischenspiel. Die Kommunisten proklamierten als ihren Präsidenschaftskandidaten Torgler. Der Kommunist Rädcl verkündete, dass die Kommunisten in einem etwaigen zweiten Wahlgang aber für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Paul Löbe, stimmen würden. Das war nur ein Manöver, weil mit einem zweiten Wahlgang nicht gerechnet werden konnte. Das Täuschungsmanöver wurde aber noch klarer, als Rädcl zu einer wüsten und wilden Schimpfrede gegen die Sozialdemokratie ausholte. Während er in einem Satz für den unmöglichen Fall einer Stichwahl das Eintreten seiner Fraktion für Löbe ankündigte, fügt er hunderte Sätze mit Vorwürfen gegen die Sozialdemokratie an, die schlimmer als die Nationalsozialisten seien. Dittmann antwortete, die Rede sei zu konfus, als dass man darauf eingehen könne. Die Sozialdemokratie werbe nicht um die Stimmen von Abgeordneten, die so ihre Partei besudelten. Die Wahl des ersten Präsidenten ergab 279 Stimmen für Göring, 120 für Löbe, 92 für Torgler, 51 für Gräf, zersplittert waren 3, ungültig 13 Stimmen.

Unter etlichem Heil-Geschrei der Nationalsozialisten besteigt Göring den Präsidentenstuhl. Seine Antrittsrede war formal so demokratisch, dass die Sozialdemokraten wiederholt in ironische Beifallsrufe ausbrachen. Göring wandte sich dagegen, dass man das Parlament herabzuwürdigen versuche. Das Parlament sei heute die einzige Stelle, wo der Wille des Volkes gehört werden könne. Die Regierung Papen habe alles getan, um die autoritäre Staatsführung zu unterhöhlen. Als Göring dann, ahnungslos, welche Blösse er sich gab, von dem Kuhhandel in der Wilhelmstrasse sprach, ging brausendes Gelächter durch

das ganze Haus. Göring verstieg sich sogar zu dem Satz, dass Autorität im Volke verwurzelt werden müsse und nicht durch Gewalt gestützt werden könne. Auf Bajonette könne man sich nicht setzen. Die Mitte schmunzelte, immer wieder riefen die Sozialdemokraten spöttisch "Sehr richtig!" und "Bravo". Göring schloss seine beinahe staatsparteilich-demokratische Rede mit einem Protest gegen den Missbrauch des Artikels 48. Er warb für den Geist der Verfassung von Weimar und hoffte, er, der Köpferoller von einst, dass die Parteien sich auf einer gemeinsamen Basis zur Linderung der Not finden würden.

Zum ersten Vizepräsidenten schlug der Nationalsozialist Frick den Zentrumsmann Esser vor. Löbe meldete sich zum Wort und sagte, der Herr Präsident habe so ausgezeichnet für die Demokratie gesprochen, dass die Sozialdemokratie ihm zu Hilfe bei der Wahrung der demokratischen Volksrechte und der Verfassung von Weimar einen bewährten republikanischen Parlamentarier an die Seite stellen wolle, nämlich den Zentrumsmann Esser. Die Wahl ergibt, dass Esser mit 445 Stimmen von insgesamt 544 Stimmen zum ersten Vizepräsidenten gewählt worden ist. 93 Stimmen sind auf den kommunistischen Abgeordneten Torgler entfallen.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten schlug die Sozialdemokratie Paul Löbe vor, weil hier nach der parlamentarischen Konstellation die einzige Möglichkeit war, einen sozialdemokratischen Vertreter ins Präsidium zu entsenden. Nun hatten die Kommunisten Gelegenheit, sich zu entscheiden, ob sie ein marxistenreines Präsidium haben wollten oder nicht. Im ersten Stimmgang erhielten Löbe 198, der Bayerische Volksparteiler Rauch 195, Torgler 93 und der Deutschnationale Gräf 98 Stimmen. Wie zu erwarten war, beruhte die kommunistische Taktik auch hier wieder auf der Losung: Der Hauptfeind ist die Sozialdemokratie." Die Kommunisten stimmten auch in der Stichwahl für Torgler, sodass ihre 95 Stimmen ungültig wurden. Gewählt wurde mit 255 gegen 202 Stimmen, die auf Löbe entfielen, der Bayerische Volksparteiler Rauch. Noch toller wurde die Hilfsstellung der Kommunisten für die kapitalistischen Parteien bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten sichtbar. Jetzt schlugen die Nationalsozialisten wie einen Spott auf den Namen einer Arbeiterpartei als Vizepräsidenten den Volksparteiler Dr. Hugo vor, einen der reaktionärsten Syndicis, die es in Deutschland gibt. Beim ersten Wahlgang erhielten Hugo 204, Löbe 193, Torgler 87 und Gräf 52 Stimmen. In der Stichwahl unterstützten die Kommunisten wiederum durch die Abgabe von ungültigen Stimmen den Gegenkandidaten Löbes, diesmal also den Unternehmersyndikus Dr. Hugo. Auf Löbe enthielen 205, auf Hugo 204 Stimmen. Trotz der kommunistischen Taktik ist also diesmal das Reichstagspräsidium nicht marxistenrein.

Nach der Wahl des Präsidiums wiederholen die Kommunisten und die Nationalsozialisten ihre Anträge auf Haftentlassung von insgesamt fünf Reichstagsmitgliedern, darunter ein nationalsozialistischer Totschläger und ein nationalsozialistischer Bombenwerfer. Die Sozialdemokratie verlangt getrennte Abstimmung, weil sie zwar für die Freilassung der Kommunisten, nur wegen geistigen Hochverrat inhaftierten Abgeordneten ist, nicht aber verantworten kann, dass nationalsozialistische Bombenleger und Totschläger wieder auf die Menschheit losgelassen werden. Die Kommunisten sind in ihrer Bruderliebe zu den Nationalsozialisten anderer Meinung. Auf Vorschlag des Reichstagsvizepräsidenten Esser verständigen sich rasch Dr. Frick von den Nationalsozialisten und Torgler über gemeinsame Abstimmung. Mit der kommunistisch-nationalsozialistischen Einheitsfront wird die Haftentlassung der fünf Abgeordneten beschlossen. Die Kommunisten haben also dafür gesorgt, dass die beiden nationalsozialistischen Bandenführer wieder Bomben auf Arbeiterhäuser werfen, wieder auf Arbeiter schiessen können.

Eine lebhaftere Aussprache entwickelt sich zur Frage, was auf die Tagesordnung der zweiten Sitzung gebracht werden soll. Die Sozialdemokratie lässt durch Löbe fordern, als ersten Punkt auf die Tagesordnung am Mittwoch zu

setzen: Erklärung der Reichsregierung, daran anschliessend die sozialdemokratischen Anträge auf Arbeitsbeschaffung, auf Winterhilfe, auf Erhöhung der sozialen Leistungen und auf Amnestie. Löbe appelliert an die Parteien des Hauses Sie hätten alle ihren Wählern versprochen, rasch etwas zur Linderung der Not zu tun, also müsse der Reichstag dem sozialdemokratischen Antrag auf beschleunigte Beratung dieser sozialpolitischen Anträge zustimmen. Der Kommunist Torgler will statt der sozialdemokratischen Anträge die Abstimmung über den kommunistischen und den sozialdemokratischen Misstrauensantrag gegen das Kabinett Schleicher auf die Tagesordnung bringen. Hinter diese Abstimmung aber will er Massnahmen gegen die Erwerbslosigkeit und für die Amnestie beraten wissen. Sowohl Breitscheid wie später noch einmal Löbe decken die Unsinnigkeit dieses kommunistischen Vorschlags auf. Was würde er bedeuten? Würde die kommunistische Taktik Erfolg haben, so würde in der Mittwoch-Sitzung der Reichstag keinerlei Gelegenheit haben, auch nur eine einzige Rede an das Volk gegen das Kabinett Schleicher zu erhalten. Das Misstrauensvotum würde angenommen, der Reichstag würde sofort wieder aufgelöst und alle Hilfsanträge für die notleidenden Volksgenossen würden in der Versenkung verschwinden. Breitscheid und Löbe verlangten, dass das Parlament von seinem Recht und seiner Pflicht Gebrauch mache, vor dem Volk sich mit der Regierung auseinanderzusetzen. Es dürfe sich nicht selbst ausschalten lassen. Eindringlich wies Löbe darauf hin, dass der kommunistische Vorschlag die sofortige Auflösung des Reichstags bringen, also verhindern würde, dass das Parlament für Arbeitsbeschaffung, für Winterhilfe, für die Erwerbslosen irgendetwas tue. Dennoch hielten die Kommunisten ihren Antrag aufrecht. Er wurde mit den Stimmen aller Parteien abgelehnt. Dass die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Tagesordnung vernünftiger ist, ergab sich auch daraus, dass die Kommunisten trotz ihrer Schimpferei nun für den Löbeschen Vorschlag stimmten. Auch dieser fand aber keine Mehrheit. Mit den Parteien der Mitte stimmten auch die Nationalsozialisten dagegen, dass auf die Mittwochsitzung schon die Abgabe einer Regierungserklärung des Kabinetts von Schleicher und die Beratung der sozialpolitischen Anträge auf Aufhebung von antisozialen Notverordnungen gesetzt wurden.

So hatte diese erste Reichstagssitzung des neuen Parlaments schon mancherlei politisch aufklärende Ergebnisse. Die Kommunisten erwiesen sich als Hilfsmannschaften für die Herbeiführung eines marxistenreinen Präsidiums. Trotzdem nützte ihnen diese Hilfe nichts. Löbe wurde gegen sie gewählt. Die Nationalsozialisten zeigten sich als windelweich. Sie sind auf dem besten Wege, sich zu einem Anhängsel der bürgerlich-kapitalistischen Parteien zu entwickeln. Den Weg zur Tolerierung des Schleicher-Kabinetts haben die Nationalsozialisten dadurch beschritten, dass sie die sofortige Auseinandersetzung des Parlaments mit der Reichsregierung verhindert haben.

Auf der Tagesordnung der Sitzung am Mittwoch steht nun zunächst der nationalsozialistische Antrag auf Errichtung einer Stellvertretung für den Reichspräsidenten im Falle von dessen Behinderung. Es scheint, dass der Reichstag mindestens einen Anlauf zur sachlichen Arbeit nehmen kann. Mehr lässt sich über das Schicksal dieses Parlaments nach seinem ersten Sitzungstag nicht sagen.

SPD. Dresden, 6. Dezember (Eig. Draht.)

Auf Veranlassung der Dresdener Staatsanwaltschaft wurde am Dienstag die Talsperre in Maltzsch bei Dresden nach der Leiche des seit dem 4. November verschwundenen Dresdener SA-Mannes Hentsch durchsucht. Die Leiche konnte nicht gefunden werden. Es besteht der dringende Verdacht, dass Hentsch von drei Kameraden beseitigt worden ist. Die drei SA-Leute sind seitdem spurlos verschwunden.

SPD. Genf, 6. Dezember (Eig. Ber.)

Am Dienstag wurde von dem belgischen Aussenminister die ausserordentliche Völkerbundsvollversammlung eröffnet, die zur Beratung des Mandschurei-konfliktes einberufen worden ist. Der Delegierte Chinas, Yen, brachte in ungeheuer scharfer Anklage gegen Japan folgende vier Forderungen seiner Regierung vor:

1. Gestützt auf die Feststellungen der Lytton-Kommission erklärt die Versammlung, dass Japan den Völkerbundspakt, den Kellogg-Pakt und den Neunmächtevertrag von Washington gebrochen hat. 2. Die Versammlung fordert Japan auf, unverzüglich die Resolutionen des Rates vom 30. September und 10. Dezember 1931 durchzuführen, damit alle japanischen Truppen in die Eisenbahnzone zurückgezogen werden in Erwartung ihrer späteren völligen Zurückziehung aus dieser Zone und der Auflösung der sogenannten Mandschuko-Regierung. 3. In Erwartung dieser Auflösung und eingedenk ihrer eigenen Resolution vom 10. März, in der sie sich verpflichtet hat, keine Situation, keinen Vertrag und kein Uebereinkommen anzuerkennen, die mit Mitteln entgegen dem Völkerbundspakt und dem Kellogg-Pakt geschaffen worden sind, erklärt die Versammlung, dass sie die Mandschuko-Regierung nicht anerkennen und mit ihr in keinerlei Beziehung treten wird. 4. Die Versammlung verfasst und veröffentlicht zu einem bestimmten Datum und so rasch als möglich einen Bericht über die endgültige Regelung des Streites, wie sie in Artikel 15 § 4 des Völkerbundspaktes vorgesehen ist.

Der chinesische Delegierte Yen fügte hinzu, China wolle keineswegs einen letzten Versuch zur Verständigung ablehnen, doch müsse sie auf den Prinzipien der Verträge oder des Lytton-Berichtes beruhen. Er verkenne nicht die Schwierigkeiten dieser Verständigung, doch wisse die öffentliche Meinung der Welt, dass, wenn dieser Streitfall nicht in Uebereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerbundpaktes geregelt werde, die Existenz des Völkerbundes mit den Rechten Chinas zugleich auf dem Spiel stehe.

Der japanische Vertreter Matsuoka hieb nicht weniger kräftig zurück. Die mit russischer Hilfe gebildete revolutionäre Regierung Chinas habe dauernd Japans Rechte verletzt, dass diese Rechte aus einer ununterbrochenen Kette brutaler Gewaltakte stammen, erwähnte er nicht. Japan könne nicht zurückweichen wegen der Anordnungen in China, der Völkerbund sei ausserstande, Japans Rechte zu schützen. China missbrauche den Umstand, dass die Abendländer wenig vertraut mit orientalischer Psychologie seien. Die Völkerbundsversammlung habe sich zu entscheiden, ob sie Vorschläge zur Regelung machen wolle oder nicht. Wenn ja, dann dürften sie nur auf folgenden Prinzipien beruhen: Sie müssten derart sein, dass die Tatsachen in die Praxis umgesetzt werden und den Frieden im fernen Osten verwirklichen und erhalten könnten. Die anarchische Situation in China müsse beseitigt werden. Falls ein Programm zur Regelung vom Völkerbund angeordnet werde, müsse dieser selbst die Verantwortung der Ausführung übernehmen.

Matsuoka schloss höhnisch: Diese Ausführung koste Opfer, zu denen der Völkerbund sowohl den Willen, wie auch die Mittel haben müsse.

-----

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat inzwischen ausser ihrem Misstrauensantrag gegen das Gesamtkabinett von Schleicher auch bereits einige Initiativgesetzentwürfe im neuen Reichstag eingebracht.

Der wichtigste ist ein Gesetzentwurf über Straffreiheit, der nur mit der für Verfassungsänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit zustande kommen könnte. Nach diesem Entwurf soll Straferlass gewährt werden für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder im Zusammenhang mit kollektiven Wirtschaftskämpfen begangen worden sind. Darunter würden auch die Strafen fallen, die von den Berliner Sondergerichten wegen der Ausschreitungen beim letzten

Verkehrsstreik verhängt worden sind. Ferner soll Straferlass gewährt werden wegen Taten, die aus wirtschaftlicher Not begangen worden sind, falls die Strafe nur in Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten besteht. Anhängige Verfahren sollen eingestellt, neue nicht eingeleitet werden. Die Amnestie soll nicht gelten für den Verrat militärischer Geheimnisse und für Landesverrat, ferner nicht für Verbrechen gegen das Leben und gegen das Sprengstoffgesetz.

Ein anderer sozialdemokratischer Initiativgesetzentwurf verlangt das Ausserkrafttreten der Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 und des Kap. I (Vereinfachung und Ersparnisse) des VI. Teils (Rechtspflege) der dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Ein weiterer Initiativgesetzentwurf über die Aufhebung der Sondergerichte fordert das Ausserkrafttreten des Kap. II des VI. Teils der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 über Sondergerichte und der auf Grund dieser Verordnung erlassenen Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten vom 9. August. Die bei den Sondergerichten anhängigen Verfahren sollen in das ordentliche Verfahren übergehen, auch wenn die Hauptverhandlung bereits begonnen hat. Sondergerichtsurteile können nach dem sozialdemokratischen Antrag binnen eines Monats angefochten werden. Der in Haft befindliche Verurteilte ist über dieses Anfechtungsrecht zu belehren, für ihn beginnt die Frist erst mit dem Tage der Belehrung. Die Folge soll eine neue Hauptverhandlung vor dem zuständigen ordentlichen Gericht sein. Auf Antrag des Verurteilten ist dann auch die Strafvollstreckung zu unterbrechen.

Schliesslich hat die Sozialdemokratische Fraktion noch folgenden Antrag eingebracht: "Der Reichstag verlangt gemäss Artikel 48 Abs. III der Reichsverfassung die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preussen vom 20. Juli 1932."

-----

SPD. Rom, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Italien wird die am 15. Dezember fällige Rate der Kriegsschulden an Amerika zahlen. Mit dieser Zahlung soll zugleich die Grundlage für die sofort beginnenden Verhandlungen über ein neues Schuldenabkommen geschaffen werden. Grundsätzlich bleibt Italien bei der früheren Auffassung, dass Schulden und Reparationen untrennbar zusammengehören. Grundsätzlich ist auch der faschistische Grossrat, auf dessen Initiative die Zahlung zurückzuführen ist, nach wie vor für die völlige Streichung der Schulden und Reparationen. Ohnedem sei ein Wiederaufbau der Welt nicht möglich.

-----

SPD. Husum, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Anschluss an eine öffentliche Sprechstunde der Arbeiterwohlfahrt in Sternesburg, zu der sich etwa 150 ländliche Arbeiterinnen und Arbeiter eingefunden hatten, überfiel eine Nazibande den sozialdemokratischen Parteisekretär Dölz, und brachte ihm schwere Wunden an der rechten Schläfe bei. Der Schläger konnte festgestellt werden.

-----

SPD. Rom, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Zerstörung altitalienischer Hoheitszeichen in Dalmatien haben den Protest der faschistischen Presse und zugleich Gegendemonstrationen der italienischen Bevölkerung in der dalmatinisch-italienischen Enklave Zana hervorgerufen. Die Vernichtung der Löwen Venedigs und anderer altitalienischer Kunstwerke in dem dalmatinischen Orte Trau (Tragir) soll angeblich mit Hilfe der jugoslawischen Behörden durch Dynamit und Hammerschläge erfolgt sein. Eine Volksversammlung in Zara verlangte von Mussolini, dass er gegen diese "unerhörten Barbareien" Schritte unternehme.

-----

SPD. Braunschweig, 6. Dez. (Eig. Dr.)

In dem für Klagges so kläglich verlaufenen Konflikt mit der Technischen Hochschule hat der von Rektor und Senat gestützte Naziminister den Versuch unternommen, durch einen Gegen-Angriff der Niederlage zu entgehen. Er benützt dazu die Solidaritätserklärung der Rektoren aller Hochschulen mit dem Senat von Braunschweig um frisch und frech zu sagen: er lehne die Einmischung "unverantwortlicher" Instanzen in braunschweigischen Angelegenheiten ab. Niemals habe er, der Naziminister, die Freiheit der Wissenschaft beeinträchtigt. Was er getan habe, sei lediglich zum Schutz der Gleichberechtigung der nationalen Studentenschaft geschehen. Deshalb könne er es niemals zulassen, wenn das Hakenkreuzbanner von der Hochschule verbannt und damit entwürdigt werde.

Gegen diese den Tatbestand ins Gegenteil verkehrende Klagges-Klage, wenden sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Beide stellen sich in einer öffentlichen Erwiderung noch einmal hinter Rektor und Senat. Die Deutsche Volkspartei lässt es hageldick auf Klagges niederfallen, indem sie den Universitätsbehörden dankbar ist für deren mannhafte Wehr gegen die Eingriffe von Klagges in die Selbstverwaltung der Hochschule. Wörtlich sagt die Volkspartei dann in ihrer Erklärung: "Die Entwicklung der Technischen Hochschule in den letzten Jahren hat jeden Braunschweiger mit Stolz erfüllt. (Das ist ein direktes Lob der früheren sozialdemokratischen Regierung). Diese Entwicklung ist gefährdet, wenn die Verwaltungsorgane der Hochschule, die ihrer Verantwortung voll bewusst sind, in der Ausübung ihrer Rechte gehindert werden und politische Strömungen an der Hochschule vom Volksbildungsminister, der als oberster Hüter der Ordnung die Jugend von unbedachten Schritten fernhalten sollte, nicht nur geduldet, sondern gefördert werden."

Die Deutschnationalen sind in der Form ihrer Erklärung weniger scharf, aber in der Sache nicht minder gegen ihren Koalitionsminister Klagges. Unzweideutig stellen sich auch die Hugenbergleute hinter Rektor und Senat, sodass Klagges im Braunschweigischen Landtag eine Front gegen sich sehen wird, die von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen geht. Will er also Minister bleiben, so dürfte ihm ein Kanossagang kaum erspart bleiben.

-----

SPD. Am Dienstag hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch eine Reihe von Anträgen und Initiativgesetzentwürfen ausgearbeitet und sofort im Reichstag eingebracht.

Zunächst wird die Ausserkraftsetzung der Notverordnung vom 14. Juni 1932 über Massnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, der Notverordnung vom 4. September zur Belebung der Wirtschaft und der Notverordnung vom 5. September zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit verlangt. Für den Fall der Ablehnung dieser Anträge sind Eventualanträge eingebracht worden, wenigstens einige Teile dieser Notverordnungen aufzuheben.

Weiter wird ein Initiativgesetz über Erhöhung der Sozialleistungen beantragt. Dieser Entwurf sieht vor, dass die Arbeitslosen-Unterstützungen, die Krisen- und Wohlfahrts-Unterstützungen, die Sozialrenten und die Kriegsversorgung auf den Stand vor der Notverordnung vom 14. Juni gebracht werden sollen. Die dazu notwendigen Mittel soll das Reich den Gemeinden überweisen und zwar aus neuen Notsteuern und Monopolen.

In einem anderen Initiativgesetzentwurf über eine Winterhilfe für die notleidende Bevölkerung wird die unentgeltliche Abgabe von Brot und Kohle sowie die verbilligte Abgabe von Fleisch an Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten verlangt. Die Mittel für die Brotverteilung soll das Reich den Gemeinden aus den Mehrerträgen der Treibstoffzölle bei Aufhebung des Beimischungszwangs überweisen, die Mittel für die Kohlenbelieferung aus der Neuerhebung der Ausgleichsabgabe für Mineralöle, die Mittel für die Fleischverbilligung aus dem Marktstützungsfonds des Reichsernährungsministeriums.

Schliesslich hat die sozialdemokratische Fraktion noch einen umfangreichen Initiativgesetzentwurf über planmässige Arbeitsbeschaffung samt Finanzierungsmassnahmen ausgearbeitet, der auch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Gemeinden vorsieht.

-----

SPD. Genf, 6. Dezember (Eig. Drath.)

In der Generaldiskussion der Vollversammlung des Völkerbundes arbeitete der tschechische Aussenminister Benesch scharf die Entscheidung heraus, die der Völkerbund im Mandschureikonflikt zu treffen hat.

Für Benesch ist der Ueberfall auf die Mandschurei und Schanghai kein Akt legitimer Verteidigung und die Bildung des Mandschukuo-Staates ein durch die japanische Besetzung erzwungener Akt. Hier seien die Verträge gebrochen worden, und der Völkerbund befinde sich vor einem Präzedenzfall von grösster Bedeutung, der zu katastrophalen Nachahmungen führen könne. Japan habe seine Versprechungen gegenüber dem Rat nicht eingehalten. Der Mandschukuostaat dürfe unter keiner Bedingung anerkannt werden. Werde keine Verständigung erreicht, dann sei es Pflicht der Versammlung, ihre Entscheidungen mit der grössten Klarheit und Unerbittlichkeit zu treffen. Ueber diese oder jene praktische Lösung könne man verhandeln. Das Verhandeln über Prinzipien sei aber der Bankrott und der Tod des Völkerbundes.

Die Vertreter Irlands, Schwedens und Norwegens erklärten sich ebenfalls für die Annahme des Lytton-Berichtes.

-----

SPD. Zwischen Hitler und seinem Feldzug-Chronisten Mend herrscht Kriegszustand. Mend war als Offizier und Regimentskamerad in das Braune Palais nach München gerufen worden, um Hitlers Heldentaten im Weltkrieg in einem Buch zu verewigen. Mend tat es, das Buch ist erschienen. Der ehemalige Offizier konnte es jedoch bei dem aufgeblasenen Gefreiten Adolf nicht lange aushalten und er fängt deshalb an, auszupacken.

In einer Münchener Zeitschrift erklärt Mend, dass Hitlers Heldentaten an der Front nichts anderes sind als erdichtete und von Hitler gut bezahlte Märchen. Mend bestätigt, was bereits in einer Gerichtsverhandlung in Augsburg festgestellt wurde: Hitler war höchstens zwei Wochen in der vordersten Linie. Wörtlich schreibt Mend:

"Wahr ist, dass nach Veröffentlichung meines Buches viele meiner ehemaligen Kameraden vom List-Regiment sich darüber entrüsteten, wie ich dazu kommen, Hitlers Leistungen im Feld so hervorzuheben, der doch nicht mehr und



nicht weniger als Meldegänger vom Regimentsstab geleistet hat, als die absolute Pflicht erforderte."

Selbstverständlich wäre es nach der Darstellung von Mend für Hitler möglich gewesen, einen höheren Dienstgrad zu erreichen. An Abgang von Offizieren und Unteroffizieren hat es auch dem Regiment List in vierjähriger Kriegszeit nicht gefehlt. Aber "der grosse Führer Adolf" liebte sein Leben und seinen Druckposten als Stabsordonnanz mehr als Vaterland und Ehre. Deshalb blieb er lieber hinten Gefreiter im bombensicheren Unterstand, als Unteroffizier zu sein im windigen Graben. Und also wurde Adolf nach dem Krieg: der grosse Held und "der Gefreite des Weltkrieges". Sic gloria transit mundi. So vergeht der Ruhm der Welt!

-----

SPD. Paris, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Trotzki hat auf der Rückreise von Dänemark nach der Türkei am Dienstag-Vormittag Paris passiert. Bei seiner Landung in Dünkirchen dementierte er das Interview, das ein Vertreter des "Petit Journal" in Marseille von ihm erhalten haben will und das abfällige Äusserungen über Stalin enthielt. Er habe, so fügte Trotzki hinzu, auf der Hinreise keine mündlichen Interviews gewährt, sondern nur schriftliche Erklärungen abgegeben.

-----

SPD. In der Nazi-Presse ist seit Tagen zu lesen, dass die Hitler-Partei gegen die Schleicher-Regierung in schärfste Opposition treten wird. Das Gegenteil ist richtig. Die Nationalsozialisten haben sich bereit erklärt, am Freitag mit den bürgerlichen Parteien für eine Vertagung des Reichstags bis Mitte Januar zu stimmen. So wird der Schleicher-Regierung durch die Nationalsozialisten und nur durch sie das Leben ermöglicht. Ihr Geschrei von dem scharfen Kampf ist ein plumper Schwindel.

Vor seiner Vertagung wird der Reichstag nach dem Vereinbarungen im Ältestenrat noch die Amnestie Anträge erledigen. Die sozialdemokratischen Anträge zur Einführung einer Winterhilfe und auf Aufhebung mehrerer Notverordnungen werden voraussichtlich den zuständigen Ausschüssen überwiesen, insbesondere die Nationalsozialisten haben erkennen lassen, dass sie an einer sofortigen Erledigung dieser dringenden Anträge keinerlei Interesse haben.

-----

SPD. Genf, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Verhandlungen der fünf Grossmächte über die Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage haben am Dienstag ebenfalls zu keinem Ergebnis geführt. Sie werden am Mittwoch-Vormittag ohne Herriot und MacDonald fortgesetzt. Herriot will am Freitag oder Sonnabend wieder nach Genf zurückkehren. MacDonald der am Dienstag ebenfalls nach Paris gereist ist, beabsichtigt am Freitag nach Genf zurückzukehren. Reichsaussenminister von Neurath bleibt wahrscheinlich bis zum Abschluss der Verhandlungen in Genf.

-----

SPD. Paris, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der sozialistische Abgeordnete Vincent-Auziol hat der Kammer eine Entschliessung über die Schuldenfrage vorgelegt, die sich wie die Entschliessungen Marins und Hesse-Pernot gegen die Bezahlung der am 15. Dezember fälligen Schuldenrate an Amerika wendet und in der die Kammer aufgefordert wird, die

Regierung dringend um die Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz zu er-  
suchen. Weiter soll die Regierung den Vereinigten Staaten mit den anderen  
Schuldnern ein ähnliches Moratorium vorschlagen, wie es die Vereinigten  
Staaten im vorigen Jahre angeregt oder wie es die Gläubigerstaaten Deutsch-  
lands ihm gewährt haben. Falls die Vereinigten Staaten dieses Moratorium  
ablehnen, soll die Regierung der amerikanischen Regierung vorschlagen, den  
Streitfall einem Sachverständigenausschuss oder einer allgemeinen Gläubiger-  
und Schuldnerkonferenz zu unterbreiten.

-----

SPD. London, 6. Dezember (Eig. Drahtb.)

In England ist die Zahl der Arbeitslosen im letzten Monat um 58 000  
auf 2 799 806 gestiegen. Seit den Parlamentswahlen, die die "nationale Regie-  
rung" vor einem Jahr ans Ruder brachte, ist die Arbeitslosigkeit um  
184 691 gestiegen. Der Beschäftigungsrückgang des letzten Monats ist zum  
Teil saisonmässiger Natur, umfasst aber auch die Fabrikation von Elektrizi-  
tätsgeräten und der Juteindustrie.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Deutscher Reichstag

1. Sitzung am 6. Dezember, 3 Uhr.

SPD. Der Sitzungssaal und die Tribünen, auch die Diplomatenloge, sind bis auf den letzten Platz besetzt.

Der Alterspräsident v. Litzmann wird von den sämtlich in Partei-Uniform erschienenen Nationalsozialisten mit Heil!-Rufen begrüßt. Der Alterspräsident dankt mit dem Faschistengruss. Die Kommunisten rufen: "Nieder!" und "Der General der geschlagenen Armee!" Nach der üblichen Feststellung, dass kein älteres Mitglied als er dem Reichstag angehört, eröffnet Abg. v. Litzmann (Nat. Soz.) als Alterspräsident die erste Sitzung des neuen Reichstages mit einer längeren Rede.

Abg. Litzmann: Wir hatten nach dem jahrelangen fruchtlosen Experimentieren gehofft, dass der Reichspräsident die befreiende Tat eintreten lassen würde, dass er den Führer der stärksten politischen Bewegung mit der Führung der Regierung betrauen würde. (Beifall b.d. Nat. Soz., Lachen und Unruhe links.) Statt dessen wurde ein parlamentarisches Scheingefecht geführt. Man wollte unserem Führer nicht die Macht überlassen, indem man ihm unerfüllbare Bedingungen stellte. (Zuruf von den Kommunisten: "Ich denke, Hitler kann alles!" - Heiterkeit.) Derselbe Präsident, der einem Hermann Müller und Heinrich Brüning sein Vertrauen geschenkt hat, gab es nicht unserem Führer. Inzwischen hat die Not unseres Volkes erschütternde Formen angenommen. Für den Feldmarschall, der uns im Kriege die Rettung brachte, handelt es sich heute um wichtigeres als den Marschallstab, nämlich darum, dass er dem historischen Fluch entgeht, das deutsche Volk zur Verzweiflung getrieben, dem Bolschewismus preisgegeben zu haben, obwohl der Retter bereitstand. (Beifall b.d. Nat. Soz. - Lachen links.) Wenn es sich darum handelt, das Volk zu retten, dann dürfen bei der Regierungsbildung nicht Rücksichten genommen werden auf bestimmte Gesellschaftsschichten und Parteien oder gar auf eine auswärtige Macht. (Händeklatschen b.d. Nat. Soz. - Unruhe links und Rufe: "Südtirol!" - Ein Nat. Soz. ruft nach links: "Ein Haufen Tiere seid Ihr, keine Menschen!") Der Lärm steigert sich und der Alterspräsident schliesst nach einigen im Saale kaum verständlichen Sätzen seine Rede kurz ab und ordnet unmittelbar darauf den Namensaufruf an. Von links wird zu den Nationalsozialisten hinübergerufen: "Ihr habt den Beifall vergessen!". Beim Namensaufruf meldet sich Abg. Buchmann nicht. Die Kommunisten rufen: "Der sitzt im Gefängnis!". Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 566 Abgeordneten. Der Reichstag ist also beschlussfähig.

Nachdem das Schreiben des Reichskanzlers über die Ernennung der neuen Reichsregierung verlesen und die inzwischen eingegangenen Vorlagen bekanntgegeben sind, beantragt

Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) die sofortige Haftentlassung der nationalsozialistischen Abgeordneten Veller und Grezesch. Bei beiden handele es sich um Vergehen gegen die Notverordnung vom 9. August, nicht um Vergehen gegen das Leben.

Abg. Torgler (Komm) fordert gleichzeitig die Haftentlassung der drei kommunistischen Abgeordneten Maddalena, Buchmann und Vogt. In allen 3 Fällen handele es sich um die Vollstreckung von Strafen, die wegen literarischen Hochverrats verhängt worden sind, im Falle Vogt um die Vollstreckung einer Festungshaftstrafe wegen Verkaufs verbotener Broschüren. Der Redner beantragt weiter die sofortige Erledigung eines kommunistischen Antrages, der die Burgfriedensverordnung des Reichspräsidenten aufheben will.

Abg. Dittmann (Soz)

stimmt den Haftentlassungsanträgen der Kommunisten zu. In den von den Nationalsozialisten beantragten Haftentlassungs-Fällen sei aber vorerst eine Klärung notwendig. Im Falle Veller handele es sich darum, dass dieser nachts im Auto durch Elberfeld-Barmen gefahren sei, aus dem Auto geschossen und ein junges Mädchen schwerverletzt habe. Veller befinde sich wegen Totschlags-Versuch in Haft. Im Falle Grezesch handele es sich darum, dass Grezesch zu den Schleswig-Holsteinischen Bombenlegern gehöre, dass er zunächst nicht als Abgeordneter gewählt war und dass ein Vordermann auf der Liste zurücktreten musste, als die inzwischen erfolgte Verurteilung zu sechs Jahren Zuchthaus durch das Altonaer Gericht unmittelbar bevorstand. Hier bestehe also die Gefahr, dass ein Missbrauch mit der Immunität getrieben wird. (Lärm rechts.) Die Sozialdemokraten seien nicht in der Lage, ohne nähere Prüfung der Haftentlassung in diesen Fällen zuzustimmen und beantragten, diese beiden Fälle dem sofort zu bildenden Geschäftsordnungs-Ausschuss zu überweisen, der schon morgen dem Plenum Bericht erstatten könne.

Abg. Dr. Frick (Nats.): Die Angaben des Abg. Dittmann werden bestritten. Nachdem aber der Abg. Dittmann Widerspruch gegen die Behandlung der Anträge erhoben hat, erhebe ich gegen die Behandlung der kommunistischen Anträge Widerspruch. (Beifall rechts und Pfuirufe b.d.Komm.)

Alterspräsident von Litzmann erklärt: Wir kommen nun zur Wahl des Präsidenten.... Die Kommunisten unterbrechen ihn lärmend mit dem Ruf: "Sie müssen erst unsere weiteren Anträge zur Abstimmung stellen!". Abg. Dr. Frick (Nats.) schlägt den Abg. Göring zum Reichstagspräsidenten vor.

Abg. Steinhoff (Dn.): Trotz unserer Bedenken gegen die Person des Abg. Göring würden wir für ihn stimmen, wenn die Nationalsozialisten ihre Bedenken gegen.... Der Schluss des Satzes geht unter in den lärmenden Rufen der Kommunisten: "Wir verlangen Abstimmung!"

Abg. Dittmann (Soz) erklärt, seine Freunde könnten zum Reichstagspräsidenten nicht den Vertreter einer antiparlamentarischen Partei wählen. Er schlägt als Gegenkandidaten den Abg. Löbe vor.

Abg. Remmele (Komm) schlägt den Abg. Torgler vor. In der Stichwahl würden aber die Kommunisten für Löbe stimmen (hört! hört!), obwohl sie den Sozialdemokraten nach wie vor die Hauptschuld an der Stärkung des Faschismus beimessen.

Zur Wahl steht ausser den Abgg. Göring (Nat.Soz.), Löbe (Soz) und Torgler (Komm) auch der Abg. Graef (Dn). Abg. Steinhoff, dessen Erklärung im Lärm der Kommunisten unverständlich blieb, hatte den Abg. Graef vorgeschlagen mit der Begründung, die nicht einheitliche Stellungnahme der Nationalsozialisten für dessen Wahl zum Vizepräsidenten mache es den Deutschnationalen unmöglich, für den Abg. Göring bei der Präsidentenwahl zu stimmen.

Bei der Präsidentenwahl erhielt Abg. Göring (Nat.Soz.) 279 Stimmen. Abg. Göring ist somit im ersten Wahlgang zum Reichstagspräsidenten gewählt, da die absolute Mehrheit 273 Stimmen beträgt. Die Nationalsozialisten begrüßen mit lauten Heil!-Rufen die Verkündung des Wahlergebnisses und dann den Präsidenten Göring, als er den Präsidentensitz einnimmt.

Präsident Göring dankt zunächst dem Alterspräsidenten von Litzmann, der als Sieger des Weltkrieges jetzt in ungebrochener Frische der Volksvertretung diene. Die deutsche Volksvertretung sei in letzter Zeit herabgewürdigt worden. Man habe von überlebtem Parlamentarismus gesprochen im Gegensatz zu einer autoritären Staatsführung. Auch wir sind gegen eine überlebte Parteiherrschaft, aber die Regierung hat alles getan, um den Begriff der Autorität gründlich zu zerstören. Der Kuhhandel der letzten Wochen steht einzig da, und selbst alte erprobte Parlamentarier könnten vor Neid blass

werden, wenn sie an diesen Kuhhandel der autoritären Staatsregierung denken. (Heiterkeit und Beifall). Wir brauchen eine autoritäre Staatsführung, aber sie muss der Verfassung gemäss sich stützen auf die Kraft des Deutschen Volkes und nicht auf Bajonette, denn Bajonette sind zu allem möglichen gut, aber nicht um darauf zu sitzen (Beifall). Wir bedauern, dass durch die Ernennung des Wehrministers zum Reichskanzler unsere kleine, aber ausgezeichnete Reichswehr in den Streit der Parteien hineingezogen wird. Niemals darf unsere Wehrmacht benutzt werden, um im Innern als Polizei gebraucht zu werden. (Beifall u. hört! hört!). Mit dem Artikel 48 wird jetzt so regiert, dass der reine Absolutismus an der Tagesordnung ist. Wenn man der Volksvertretung das Recht nehmen will, durch ein Misstrauensvotum eine Regierung zu stürzen, so ist das niemals mit der Verfassung vereinbar. Man mag zur Auflösung des Reichstags jedesmal andere Gründe heranziehen, um dem Buchstaben der Verfassung zu genügen, aber dem Geist der Verfassung entspricht dieses Verfahren nicht (Beifall). Nach der Verfassung geht die Staatsgewalt vom Volke aus und darum hätte mit der Staatsführung Adolf Hitler betraut werden müssen, hinter dem ein Drittel des ganzen Volkes steht. (Unruhe b.d.Komm.). Ich trete mein Amt an als Dienst am Deutschen Volke (Beifall b.d.Nat.Soz.).

Für die nun folgende Wahl des ersten Vizepräsidenten schlägt Abg. Dr. Frick (Nat.Soz.) den Abg. Esser (Ztr) vor.

Abg. Löbe (Soz): Wir schliessen uns diesem ausgezeichneten Vorschlag an. Wir hoffen dabei, dem Herrn Reichstagspräsidenten Göring eine Hilfe zur Seite zu stellen für seine Bemühungen um die Parlamentsrechte und um die Verfassung von Weimar. (Heiterkeit) - Von den Kommunisten wird der Abg. Torgler vorgeschlagen.

Erster Vizepräsident wird der Abg. Esser (Ztr) mit 445 Stimmen. Auf den Abg. Torgler (Komm) fielen 93 Stimmen.

Zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten schlagen die Sozialdemokraten den Abg. Löbe, die Nationalsozialisten den Abg. Rauch (Bayr.Vp.), die Deutschnationalen den Abg. Graef und die Kommunisten den Abg. Torgler vor. Die Wahl ergibt für den Abg. Rauch (B.Vp.) 195, für den Abg. Löbe (Soz) 198, Graef (Dn) 58 und Torgler (Komm) 93 Stimmen. Demnach hat keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht. Es muss Stichwahl zwischen den Abgg. Rauch und Löbe stattfinden. In der Stichwahl wird Abg. Rauch (B.Vp.) mit 255 Stimmen zum zweiten Vizepräsidenten gewählt. 202 Stimmen fielen auf den Abg. Löbe (Soz).

Als dritter Vizepräsident wird von den Nationalsozialisten vorgeschlagen Abg. Dr. Hugo (D.Vp.), von den Sozialdemokraten Abg. Löbe, von den Kommunisten Abg. Torgler und von den Deutschnationalen Abg. Graef. Stimmen erhielten Abg. Dr. Hugo 204, Abg. Löbe 193, Abg. Torgler 87 und Abg. Graef 52. Es findet also Stichwahl zwischen Hugo und Löbe statt. Als Ergebnis der Stichwahl stellt Vizepräsident Esser fest, dass sowohl für den Abg. Löbe (Soz.) wie für den Abg. Dr. Hugo (D.Vp.) je 205 Stimmen abgegeben seien (Gr.Heiterkeit). Ausserdem seien 105 ungültige Stimmen abgegeben. Nach diesem Ergebnis, erklärt der Vizepräsident, müsse der dritte Vizepräsident durch das Los festgestellt werden. Vizepräsident Esser zieht das Los und verkündet dann, dass der Abg. Dr. Hugo gewählt sei. (Gr.Heiterkeit) Später wurde dieses Ergebnis dahin berichtet, dass Löbe mit 205 Stimmen gewählt ist.

Dann folgt die Wahl der Schriftführer. Die Wahl der 12 Schriftführer wird in einem Wahlgang vollzogen. Das Ergebnis dieser Wahl wird in der Mittwoch-Sitzung verkündet werden. Hierauf benennt das Haus die Mitglieder für den Auswärtigen Ausschuss und den Ueberwachungs-Ausschuss, die sich am Mittwoch konstituieren sollen.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt jetzt nochmals die sofortige Abstimmung über die Entlassung der in Haft befindlichen drei kommunistischen Abgeord-

neten. Abg. Fr. Frick (Nat. Soz.) erklärt, er werde der sofortigen Abstimmung nicht widersprechen, wenn sie zugleich auch für die beiden nationalsozialistischen Abgeordneten gelte. Widerspruch wird diesmal nicht erhoben. Die Haftentlassung der fünf Abgeordneten wird mit den Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten beschlossen.

Damit ist der Arbeitsstoff der ersten Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung soll nach dem Vorschlag des Vizepräsidenten Esser am Mittwoch, 2 Uhr nachmittags, stattfinden. Auf der Tagesordnung soll nach seinem Vorschlag stehen der Gesetzentwurf über die Vertretung des Reichspräsidenten, Anträge auf Aenderung der Notverordnung vom 4. September, Amnestie-Anträge und Anträge auf Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung.

Abg. Löbe (Soz.) beantragt, auch die Entgegennahme der Regierungserklärung und die Anträge auf Abschaffung der Sondergerichtsbarkeit auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Torgler (Komm.) meint, es sei interessant, dass der nationalsozialistische Präsident die entscheidenden Abstimmungen gegen das neue Kabinett Schleicher noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt habe. Die Kommunisten müssten verlangen, dass schon am Mittwoch die Anträge auf Aufhebung aller Notverordnungen und die Misstrauensanträge gegen das Kabinett Schleicher auf die Tagesordnung gesetzt werden. Nach dem nationalsozialistischen "Westdeutschen Beobachter" sei doch die neue Regierung nur ein dürftig renoviertes Papen-Kabinett. Dieses Blatt habe den neuen Reichskanzler "Primo de Schleicher" genannt. Nun sollten die Nationalsozialisten Farbe bekennen und morgen schon über das Misstrauensvotum abstimmen.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) widerspricht dem kommunistischen Verlangen schon am Mittwoch über den Misstrauensantrag abzustimmen. Die neue Regierung habe einen Anspruch darauf, mit ihrem Programm gehört zu werden, und der Reichstag habe das Recht, seine Meinung zu diesem Programm zu sagen. Beim Papen-Kabinett war die sofortige Abstimmung deshalb möglich, weil Papen schon wochenlang vorher sein Programm durch den Rundfunk verkündet hatte. Dem neuen Kabinett stehen auch die Sozialdemokraten mit grossem Misstrauen gegenüber, zumal die Ernennung von Dr. Bracht zum Innenminister erkennen lässt, dass der bisherige Kurs fortgesetzt werden soll. Die Kommunisten wollen aber mit ihrem Antrag viel weniger die Regierung stürzen als den Parlamentarismus untergraben.

Abg. Torgler (Komm.): Uns liegt nur etwas an Taten, nichts am Reden.

Abg. Löbe (Soz.) Das muss ausgerechnet Herr Torgler sagen. (Heiterkeit) Wenn zuerst über die Misstrauensanträge abgestimmt wird, dann können wir die sozialpolitischen Anträge garnicht mehr erledigen.

In der nun folgenden Abstimmung wird der kommunistische Antrag, das Misstrauensvotum schon morgen auf die Tagesordnung zu setzen, mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten abgelehnt. Die Kommunisten rufen zu den Nat-Soz. hinüber: "Die Ketter Schleichers!"

Gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten wird auch der sozialdemokratische Antrag auf Regierungsprogrammdebatte abgelehnt. Es bleibt beim Vorschlag des Präsidiums.

Schluss der Sitzung gegen 8 Uhr abends.

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

## Nazidüfte aus Ostpreussen.

SPD. Der ostpreussische Gauleiter der NSDAP, Herr Koch, hat von sich reden gemacht, als der Nazipräsident der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer zurücktrat. Der Präsident hielt die Zeitungsgeschäfte des Herrn Koch nicht für honorig. Herr Koch hatte eigens eine Gesellschaft gegründet, an der er persönlich beteiligt war, um sich den Druck des Landwirtschaftskammerblattes übertragen zu lassen.

Die Zeitungsgeschäfte des Herrn Koch müssen im übrigen ganz besonderer Art sein! Das "Lycker Tageblatt", das örtliche Organ der Nationalsozialisten in Lyck widmet diesen Geschäften fast zwei volle Seiten. Der Herausgeber des Blattes Bednarski klagt unter Abdruck von Dokumenten Herrn Koch an, dass er mit unlauteren Mitteln das "Lycker Tageblatt" erdrosselt habe. Er erzählt eine Geschichte, wie nationalsozialistische Zeitungen gegründet werden, bei der Herr Koch eine sehr merkwürdige Rolle spielt. Der Kern der Sache ist der, dass Koch mit allen Mitteln das Erscheinen des "Lycker Tageblatts" zu verhindern suchte, weil er davon eine Schwächung der "Preussischen Zeitung" befürchtete, deren Teilhaber er ist. Nachdem die Probenummern des "Lycker Tageblattes" erschienen waren, liess Koch für seinen eigenen Verlag ein Lokalblatt mit dem gleichen Titel bei der Post anmelden. Er kam damit der Postanmeldung des "Lycker Tageblatt" zuvor. Das "Lycker Tageblatt" des Herrn Koch ist niemals erschienen, das eigentliche "Lycker Tageblatt" aber hat nun endlose Scherereien mit der Post und mit seinen Postabonnenten. Alle Versuche des Herausgebers eine Regelung herbeizuführen, wurden von Koch kaltschnäuzig abgewiesen. Der Herausgeber des "Lycker Tageblattes" sieht sich gezwungen, das "Lycker Tageblatt" einzustellen, kündigt aber zugleich an:

"Aber wir kommen in kürzester Zeit wieder zum entscheidenden Kampf gegen Korruption, Bonzentum und Günstlingsseuche in der NSDAP. und werden nicht eher ruhen, bis Adolf Hitler seine Bewegung mit eisernem Besen von dieser Günstlingswirtschaft und Protzertum säubert."

Auf Adolf Hitler kann er dabei lange warten! Wenn der zu säubern anfangen wollte, dann muss er seine sämtlichen Gauleiter und seine nächsten Mitarbeiter hinauswerfen, und am Ende sich selber! Der Mann in Lyck ist sein Blatt los, der Gauleiter Koch in Ostpreussen aber wird durch seine Zeitungsgeschäfte ganz besonderer Art noch Ruhm über Ostpreussen hinaus gewinnen!

## Moskauer Schmutzigkeiten.

Die kommunistische Presse überschlägt sich in Hassausbrüchen gegen Trotzki. Sie überhäuft ihn wegen seiner Reise nach Kopenhagen mit masslosen Beschimpfungen. Das Ersatzblatt für die "Rote Fahne" nennt ihn: "Mister Trotzki, der Propagandareisende der Interventionstreiber ... die Bourgeoisie lässt sich die Propagandareise ihres Agenten einige Tausender kosten ... Die Tätigkeit dieser konterrevolutionären Renegaten und Propagandareisenden der internationalen Bourgeoisie ... Der tiefe Fall dieses jämmerlichen Verräters ... Interventionsnetze gegen die Sowjetunion ... Trotzki's Propagandareise für die Bourgeoisie."

Der Hass und die Gemeinheit der Moskauer Machthaber gegen Trotzki ist grenzenlos. Aber was bei den deutschen Heloten daraus gemacht wird, steht noch viel niedriger! Man mag über Trotzki denken, wie man will, aber ihn

einen Agenten der Bourgeoisie, einen Interventionshetzer gegen Sowjetrussland zu nennen, das ist der dümmste und plumpste Schwindel, der sich denken lässt! Diese Schmutzigkeiten haben auch ihr Gutes! Wenn sie so auf Trotzki schimpfen, zeigen sie damit zugleich, wie dummdreist verlogen ihr Geschimpfe und ihre Verleumdungen gegen Sozialdemokraten sind! "Agent der Bourgeoisie" und "Interventionshetzer", das sind Schimpfereien, die bei den Moskauer Heloten schon keinen sachlichen Inhalt mehr haben. Sie merken gar nicht, wie sie damit ihren Kampf gegen wirkliche Interventionstreiber und Weissgardisten selbst untergraben!

#### Fraktion Grössenwahn.

-----

Die Nationalsozialisten sind zu den Sitzungen des Bayerischen Landtags wieder zugelassen worden, nachdem sie Wohlverhalten versprochen haben. Seitdem fühlen sie sich als die Herren des Landtags. Als in einer der letzten Sitzungen der Staatssekretär Funke einen Blick zu den Sozialdemokraten hinüberwarf, rief ihm der Nationalsozialist Buttman entrüstet zu, er dürfe nicht mit den Sozialdemokraten kokettieren. Darauf ergab sich das folgende Zwiegespräch:

Staatssekretär Funke: Ich spreche dem Herrn Abgeordneten Dr. Buttman das Recht ab, zu verlangen, dass die Regierungsvertreter immer nur ihn anschauen sollen.

Abg. Buttman: Ich habe den Herrn Staatssekretär Funke beobachtet, wie er mit innigem Behagen zu den Sozialdemokraten hinüberschaute. Ich erwarte von dem Regierungsvertreter, dass er sich absolute Zurückhaltung auferlegt."

Da weiss man nun nicht, ob das nur ganz allgemeiner Nazigrössenwahn ist, oder ein Ausbruch ganz besonderer Eifersucht! Herr Buttman hat übrigens als Kollegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Engert. Dem entschlüpfen die folgenden unfreiwilligen Geständnisse:

"Das sind keine Phantasien aus dem irrsinnigen Gehirn eines Nationalsozialisten." Und weiter "Ich habe einen Brief bekommen, nicht von einem Parteigenossen, sondern von einem ganz nüchtern denkenden Menschen." Der Mann hat die Fraktion Grössenwahn erfasst!

#### Sein Führer.

-----

In den Tagen des Briefwechsels zwischen Kaiserhof und Wilhelmstrasse ging Herr Hjalmar Schacht im Kaiserhof bei Adolf Hitler ein und aus. Er gab ihm gute Ratschläge, weil er hoffte, von Hitler zum Finanzdiktator gemacht zu werden. Adolf Hitler war stolz auf seinen Schacht. Er liess in ganz Deutschland verkünden, der grosse Schacht habe versichert, kein anderer als Hitler dürfe Reichskanzler werden. Die Freundschaft war gross. Herr Schacht hofierte Herrn Hitler wie er alle Leute hofiert, von denen er Förderung seines Ehrgeizes erwartet.

Herr Schacht ist aber nicht nur ehrgeizig, sondern zugleich sehr wetterwendisch. Wenn seine Pläne sich nicht erfüllen, kennt er mittags um 12 Freunde nicht mehr, die er um 10 Uhr gemacht hat. Er hat deshalb der Zeitschrift "Der Ring" auf Grund des § 11 des Pressegesetzes die folgende klassische Berichtigung geschickt:

"Es ist nicht wahr, dass ich von Hitler nur mit den Worten "Mein Führer Adolf Hitler" spreche. Wahr ist, dass ich von Hitler die Bezeichnung "Mein Führer" niemals gebraucht habe."

Er will von dem Adolf nichts wissen. Er hält ihn für einen erledigten Mann. Wir fragen uns: Wen wird Herr Schacht nun hofieren, auf welches Pferd wird er jetzt setzen? Hat er sich schon zur Audienz bei Schleicher gemeldet?



# „Aus aller Welt“

## Goldsuche im Meer.

### Der Schatz in der Strasse von Tschili-Li.

SPD. Die japanische Regierung genehmigte einen Vertrag zur Hebung des Kriegsschiffes "Petropawlask", das mit 140 Millionen im gemünzten Golde unterging.

In unserem Zeitalter wissenschaftlicher Geologie, der Ausnutzung magnetischer Erdkräfte beim Auffinden von Erzlagerstätten, hat die alte, auf finsternem Aberglauben beruhende Schatzgräberei keinerlei Existenzrecht mehr. Schätze werden heute nur noch mit den Mitteln wissenschaftlicher Erkenntnis und unter Anwendung aller technischen Errungenschaften gehoben. Die Schatzgräberei hat damit allen mystischen Zauber verloren und zwei verschiedene, einander ausschliessende Wege betreten. Es gibt heute "Goldmacher", die versuchen, durch Atomzertrümmerung die Elemente des Goldes, die Voraussetzung aller Schätze, zu erhalten, und es gibt noch Schatzsucher, die, gestützt auf wissenschaftliche Feststellungen über geschichtliche Ereignisse früherer Jahrhunderte, versuchen alte Schätze an bekannten, bisher aber unwegsamem Orten zu heben. Diesem Zweig der modernen Schatzgräberei ist das Goldsuchen auf dem Meeresgrunde entsprungen. Man hat festgestellt, wo und an welchem Tage die Schiffe von Gold- und Silberflotten versanken, hat nach dem Rumpf jener Schiffe getaucht, die die kostbaren Schätze verbergen und hat dann versucht, die Schätze wieder aus der Dunkelheit des Meeres ans Licht zu heben.

Allein in jenen Meeren, die Europa umfluten, gibt es jetzt drei solcher Versuche, von denen sich bisher einer gelohnt hat: die Bergung des Goldschatzes der "Egypt" im Aermelkanal. Aber auch da stehen, wie bei den abergläubischen Schatzgräbern, die mit Laternen, Hacken und Schaufeln ausgerüstet in Vollmondnächten auszogen, um ihre Schätze zu heben, die Anstrengungen in keinerlei Einklang mit den materiellen und physischen Opfern, die der modernen Schatzgräberei gebracht wurden. Im fernen Osten wird das Experiment wiederholt werden. Im russisch-japanischen Kriege blockierten die Japaner das Gelbe Meer und sperrten für das russische Reich den Seeweg nach dem Pacifik. Die Blockadewirkungen waren vor allem moralischer Natur, sie wirkten zersetzend auf die Landfront ein. Der Zarismus versuchte deshalb mit goldenen Ketten die eiserne Umklammerung der Japaner zu sprengen. Jack London hat das in seinen Berichten aus jener Zeit meisterhaft geschildert. Zur Sprengung der Blockade und für den erfolgreichen Ausgang des ganzen Unternehmens waren grosse Geldopfer und Goldtransporte zur chinesischen Küste erforderlich. Deshalb erhielt der russische Schlachtkreuzer "Petropawlask" den Befehl, 140 Millionen gemünzten Goldes an Bord zu nehmen und damit durch die Blockade zur chinesischen Küste zu dampfen. Der Schlachtkreuzer war das schnellste und am besten armierte Schiff der russischen Flotte im Gelben Meere, die Japaner hatten keine gleiche Einheit dem Schiffe entgegen zu stellen. Der Schlachtkreuzer dampfte auch los und wurde in der Strasse von Tschili-Li gestellt und von den kleinen japanischen Booten in den Grund geschossen. Er versank mit seiner Mannschaft und dem kostbaren Schätze in den Fluten. Nachdem die Japaner in der Mandschurei festen

Fuss gefasst hatten, tauchte sofort der Plan einer Hebung des versunkenen Goldes auf. Es hat aber Jahre gedauert, bis man den versunkenen Schiffsrumpf wieder fand. Durch Lotungen wurde festgestellt, dass er nahe der Küste in einer Tiefe von neunzig Metern liege.

Als man endlich den Standort ausgemacht hatte, bildete sich eine Gesellschaft japanischer Finanziers, die sich die Hebung des Goldschatzes zur Aufgabe setzte. Jetzt hat die japanische Regierung dieser Goldsucherei auf dem Meeresgrunde ihre Sanktion gegeben unter der Bedingung, dass der Goldschatz der Staatskasse einverleibt wird - wenn er gehoben werden sollte. Aber das hat noch seine Schwierigkeiten, die weit grösser sein dürften als etwa jene, die bei der Hebung der Schätze in europäischen Gewässern auftauchten. Vor allem macht die scharfe Strömung und der kreisende Sog in der Bucht von Dairen das Tauchen in solchen Tiefen zu einem Problem. Dann aber lassen auch die eigenartigen Strömungs- und Wetterverhältnisse ein dauerndes Tauchen und die ständige und notwendige Stationierung der Hebeschiffe fast unmöglich werden. Das ganze Experiment hat seiner ganzen Anlage nach das Aussehen, als wenn dem versunkenen Golde noch manches Opfer an Gut und Menschenleben gebracht werden müsste, bevor es möglich sein wird auch nur einen Teil wieder aus der dunklen Tiefe ans Tageslicht zu fördern. Aber, so ist es immer, Goldinteressen gehen anderen Lebensinteressen vor, und so wird die Goldsucherei auf dem Meeresgrunde bald doppelte Früchte tragen.

+ + +

Das Todesessen. In Paris ist eine aus Belgien stammende Schifferfamilie durch den Genuss verdorbener Nahrungsmittel vergiftet worden. Die beiden Kinder der Familie, ein Knabe und ein Mädchen, starben unter entsetzlichen Qualen. Der Schiffer und seine Ehefrau sind in ernstem Zustande in ein Krankenhaus eingeliefert worden.

+ + +

Keine Bullerjahn=Entschädigung. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts beschloss, dem wegen Mangel an Beweisen von der Anklage des Landesverrats freigesprochenen Oberlagerverwalter Walter Bullerjahn für die bisher erlittene Strafhaft von sechs Jahren drei Monaten und 18 Tagen Zuchthaus keine Entschädigung zuzubilligen. Nach dem Gesetz wird Entschädigung für erlittene Strafhaft nur dann gewährt, wenn die Unschuld eines Verurteilten restlos oder doch fast restlos erwiesen ist. Das Reichsgericht glaubt, dass dieser Fall bei Bullerjahn nicht vorliegt.

Die Stellungnahme des Reichsgerichts ist wenig loyal. Bei einer sorgfältigeren und den Bestimmungen der Strafprozessordnung entsprechenden Gerichtsverhandlung wäre der vierte Strafsenat des Reichsgerichts schon im Jahre 1925 zu einem Freispruch des Angeklagten gekommen. Die Begründung des Freispruchs aus dem Jahre 1932 bringt auch deutlich zum Ausdruck, dass sich das Gericht im Jahre 1925 geirrt hat. Es mag dem Rechtsempfinden genügen, wenn ein solch katastrophaler Irrtum revidiert wird. Das Gesetz der Menschlichkeit verlangt auch Wiedergutmachung.

+ + +

Der letzte Akt. Am Dienstag wurde in Berlin-Westend die Wohnungseinrichtung Gertrud Bindernagels versteigert. Unter den Interessenten waren viele Freunde der ermordeten Sängerin.

+ + +

Kleine Geschenke... Im Berliner Caro-Petschek-Prozess liess Professor Dr. Max Alsberg vor Beginn der Dienstag-Sitzung seinen Gegnern, Justizrat Drucker und Rechtsanwalt Roth, je ein Geschenkpäckchen mit satirischen Gedichten, hölzernen Klapperschlangen und kleinen Ziegenböcken als Angebinde zum St. Nikolaustag überreichen. Dieser Tag spielt im Caro-Petschek-Prozess

eine bedeutende Rolle das Datum der Ausstellung der umstrittenen Mitgift=quittung. Geheimrat Caro hat nämlich darauf hingewiesen, dass das Datum des 6. Dezember fest in seinem Gedächtnis eingepägt sei; weil der St. Nikolaustag stets lebhaftere Kindheits Erinnerungen in ihm erwecke.

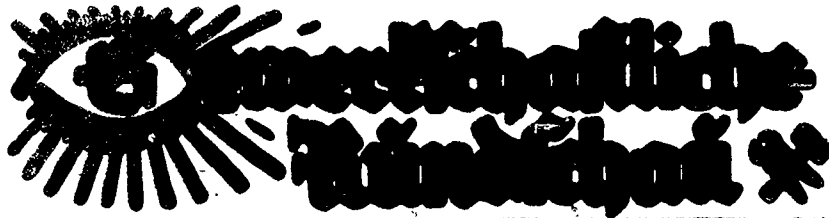
Im übrigen wurde weiter plädiert. Der bereits seit sechs Monaten währen=de Prozess dürfte voraussichtlich in diesem Jahre nicht mehr zu Ende gehen.

+ + +  
Die Lügen des Giftkochs. Auch in der Dienstag=Sitzung des Görlitzer Schwurgerichts gegen den des fünffachen Giftmordes beschuldigten Klein=Partwitzer Schuhmachermeister Just blieb der Angeklagte bei seinem Widerruf. Er behauptete, dass seine Opfer nicht durch Mord, sondern durch Selbstmord ums Le=ben gekommen seien.

Der Angeklagte wurde durch die Zeugin Frau Kamps, die Mutter seiner ver=storbenen zweiten Frau, schwer belastet. Die Zeugin erklärte: "Ich erfuhr eines Tages, dass Just meine Tochter oft geschlagen hat. Einmal kam ich ins Haus, das sass meine Tochter da und weinte. Sie hatte einen Strick in der Hand und sagte: ich nehme mir das Leben; ich halte es nicht mehr aus; jetzt hat er mir bis auf zehn Pfennig alles Geld weggenommen und ist zu einer Sit=zung fortgefahren! Als ich ein andermal kam, da sagte meine Tochter: Denk mal, Mutter, eben habe ich einen Schluck Kaffee genommen und dreimal vom Christ=stollen abgebissen, - nun ist mir so übel. Da erbrach sie sich auch schon, ganz merkwürdig, ganz grün. Ich habe den Stollen sofort in den Ofen gesteckt. Und als ich wieder ein anderes Mal zu meiner Tochter komme, da liegt doch das Mädel lang hin, hat furchtbare Schmerzen und schreit immerzu: In mir ist Feuer, mir verbrennt alles!" Vors.: "Meinen Sie, dass sich Ihre Tochter das Le=ben genommen hat?" Zeugin: "Aber Herr Richter, sie hat doch grosse Pläne ge=macht. Aber bevor sie starb, da ist Just die ganze Nacht bei ihr im Kranken=haus geblieben und war sehr zärtlich und besorgt". Vors.: "Nun Herr Just, was hat sich in jener Nacht zwischen Ihnen und Ihrer Frau abgespielt? Haben Sie Gift gegeben?" Angeklagter: "Aber Herr Richter-!" Vors.: "Und nun erzählen Sie uns das grosse Geheimnis, das Sie ihrer Schwiegermutter ins Gesicht sa=gen wollten?" Der Angeklagte macht lange Ausflüchte, bis ihn der Vorsitzende energisch ermahnt: "Nur das grosse Geheimnis will ich jetzt wissen". Schliess=lich erklärt Just: "Ja, also, die Schwiegermutter hat zu meiner Frau gesagt: in ein paar Wochen wird bei dir wieder etwas unterwegs sein - da hat sie sich also vor Kummer und Verzweiflung darüber das Leben genommen. Das ist das Ge=heimnis...."

+ + +  
Mit allen Pferdekräften! An allen Strassenecken stehen augenblicklich Mannen aus Hitlers braunen Heerhaufen und sammeln, rasselnd und klappernd, Spen=den für das Begräbnis der NSDAP. Ein besonders sammelleifriger Nazi hatte sich sogar auf einen knochigen Schimmel geschwungen und streckte anhaltend die Rech=te mit dem Hitlergruss gen Himmel, die Linke mit der Büchse Spenden fordernd nach unten. Als "Kampfplatz" hatte sich der moderne Don Quichotte den Potsdamer Platz ausgesucht. Die komische Figur lockte begreiflicherweise eine dichte Scha=ron von Neugierigen herbei, und fröhliches Gelächter erscholl über den weiten Plat= bis die Polizei einschritt und Ross und Reiter auf die Wache führte. Hier ge=lobte der SA-Mann feierlich, in Zukunft nicht wieder auf so groteske, aber eben reichlich verkehrsstörende Weise in den Sammelkrieg zu ziehen.

+ + +  
Verurteilter Mörder. Das Schwurgericht Stendal verurteilte den Maurer Jelas aus Stendal wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte hat im Juni dieses Jahres seine Ehefrau Helene im Verlauf eines Streites mit dem Beil erschlagen. Nach der Tat versenkte der Mörder den Leichnam in einen Brun=nen.



## Mehr Menschlichkeit!

-----

SPD. Das Kabinett Schleicher hat einen besonderen Kommissar für Arbeitsbeschaffung. Der Kanzler hat mit der Berufung dieses Kommissars der Öffentlichkeit sagen wollen, dass die Arbeitsbeschaffung zu den vordringlichsten Aufgaben der Regierung gehört. Diese vordringliche Aufgabe kann von der Regierung aber nicht gelöst werden, solange ihr die Arbeiterschaft mit tiefem Misstrauen gegenübersteht. Dieses Misstrauen ist nur durch einen radikalen Kurswechsel zu beseitigen. Taten sind hierzu notwendig.

Nicht nur die sozialpolitischen Unmöglichkeiten des Papenkurses müssen verschwinden, sondern auch dessen sozialpolitischen Unmenschlichkeiten. Seitdem die Sozialreaktion in der Reichsregierung den Ton angab, häuften sich vor allem in der Unterstützungsregelung der Opfer der Wirtschaftskrise Härten auf Härten. Der unter dem Druck der Krise erzwungene Sozialabbau ist wirklich schon an sich schlimm genug; er braucht wirklich nicht noch sozusagen künstlich verschärft zu werden. Die ganze Unterstützungsregelung ist aber heute voll von solchen Härten, die eigentlich nicht zu sein brauchten. Wir erinnern nur an die Winterzuschläge für die Arbeitslosen. Die Papenregierung hatte sich da ein tolles Stück geleistet, so toll, dass schliesslich noch der Reichsarbeitsminister Schäffer unter dem Druck der öffentlichen Kritik wenigstens sichergestellt hat, dass die Angehörigen der Lohnklassen VII bis XI jedenfalls nicht weniger erhalten als die Angehörigen der Lohnklasse VI.

Das war nun ein ganz grober Fall. Es gibt aber auch eine ganze Reihe von Nücken und Tücken, die den davon Heimgesuchten oft zur Raserei treiben. Betrachten wir einmal, um ein Beispiel herauszugreifen, die Berücksichtigung der Sparguthaben!

Versicherungsmässige Arbeitslosenunterstützung kann nach dem 36. Unterstützungstag und Krisenfürsorge allgemein nur dann gewährt werden, wenn der Arbeitslose nach den Grundsätzen der öffentlichen Fürsorge als hilfsbedürftig anerkannt wird; dabei ist an sich sein gesamtes verwertbares Vermögen und Einkommen zu berücksichtigen. Bei der versicherungsmässigen Unterstützung und der Krisenfürsorge darf jedoch im Gegensatz zur Wohlfahrt die Unterstützung vom Verbrauch oder der Verwertung eines "kleineren Vermögens" nicht abhängig gemacht werden. Die Arbeitsämter müssen also ein Sparkassenguthaben, das noch als kleineres Vermögen zu betrachten ist, bei der Unterstützungsgewährung unberücksichtigt lassen. Die Bestimmung, bis zu welchem Betrag ein Guthaben noch als kleineres Vermögen gilt, bleibt im übrigen den örtlichen Instanzen überlassen; massgebend sind hierfür die Richtlinien des Wohlfahrtsamtes. Für den Arbeitslosen besteht danach grundsätzlich kein Anlass, ein kleineres Sparvermögen vor seinem Antrag auf Arbeitslosenunterstützung von der Sparkasse abzuheben, um die Kürzung oder Versagung der Unterstützung zu vermeiden. Allein die Arbeitsämter sind an das Gutachten der zuständigen Gemeinde über die Hilfsbedürftigkeit des Antragstellers in der Weise gebunden, dass sie Unterstützung nur im Rahmen des von der Gemeinde vorgeschlagenen Satzes bewilligen dürfen. Wenn nun die Gemeinde bei der

Hilfsbedürftigkeitsprüfung ein Sparkassenguthaben - wenn auch unzulässigerweise - mit berücksichtigt, so muss dies das Arbeitsamt zunächst gelten lassen; es muss dann dem Arbeitslosen selbst überlassen bleiben, im Einspruchsverfahren bei der Gemeinde eine Aenderung ihres Gutachtens zu erwirken.

Das ist ein unmöglicher Zustand. Wenn auch das Arbeitsamt an die Verneinung der Hilfsbedürftigkeit durch die Gemeinde gebunden ist, so muss es doch gegen ein ungesetzliches Vorgehen der Gemeinde einschreiten, gegebenenfalls durch Benachrichtigung der Gemeindeaufsichtsbehörde. Als öffentliche Behörden, die mit der Betreuung der Arbeitslosen beauftragt sind, haben die Arbeitsämter selbstverständlich die Verpflichtung, die Durchführung der Gesetze zu überwachen.

-----

SPD. Die Gefährdung der Heilverfahrensfürsorge durch die Einschränkung der freiwilligen Leistungen der Invalidenversicherung nimmt immer ernstere Formen an. Auch die Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, die bisher an der Spitze der Heilverfahrensleistungen stand, will mächtig abbauen. Das Hausgeld, das Angehörigen eines Heilbedürftigen während dessen Kuraufenthalt gewährt wird, soll gekürzt werden, Heilanstalten will man schliessen; dem Angestelltenpersonal der Heilstätten Roderbirken und Denklingen ist bereits vorsorglich gekündigt. Auch an eine Schliessung der Kinderlungenheilstätte Waldesheim ist gedacht.

Die Gewerkschaften haben schon vor längerer Zeit in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium auf diesen bedenklichen Abbau der Heilverfahrensfürsorge, deren grossen Wert für die Volksgesundheit niemand bestreiten kann, sehr nachdrücklich hingewiesen. Wir haben nun eine neue Regierung - eine Regierung, die angeblich einen sozialen Kurs steuern will. Hoffentlich findet nun jetzt wenigstens das Reichsarbeitsministerium Gelegenheit, den Gewerkschaften auf ihre Eingabe Bescheid - einen positiven Bescheid zu geben.

-----

SPD. Der ostoberschlesischen Bergarbeiterschaft, die das ganze Jahr über mehr gefeiert als gearbeitet hat, und für die die Segnungen des Kapitalismus in Not und Elend bestehen, ist grosses Heil widerfahren. Der Arbeitgeber-Verband der polnisch-schlesischen Bergbauindustrie hat 300 Knapen mit dem Verdienstkreuz ausgezeichnet.

Verdienst können die Grubenbarone nicht geben, nur Verdienstkreuze. Es ist schon ein Kreuz!

-----

SPD. Bei den Neuwahlen der Bezirksleitungen im Verein Berliner Buchdrucker ist die sogenannte Opposition glatt durchgefallen. In sämtlichen elf Bezirken wurden die bisherigen "reformistischen" Bezirksleitungen wiedergewählt.

Auch bei der Wahl der Delegierten zur örtlichen Generalversammlung, die in sechs Bezirken stattfand, brachte in allen Bezirken die vereinigte Opposition auch nicht einen einzig ihrer Kandidaten durch.

-----

SPD. Der Streik in der Rathenower Dampfmühlen A.G. ist erfolgreich beendet worden. Zunächst bot die Firma einen Lohnabbau von 10 Prozent an, dann machte sie den Vorschlag, die Löhne in allen Gruppen um 3 Mark zu kürzen. Infolge des Widerstands der Belegschaft musste sie sich schliesslich dazu bequemen, die alten Löhne bis Ende d.J. weiter zu zahlen; ab 1. Januar werden sie um 2,50 Mark in allen Gruppen gesenkt. Das neue Abkommen ist erstmalig zum 31.7.33 kündbar.

Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Daraufhin nahm die Belegschaft geschlossen die Arbeit wieder auf. Massregelungen finden nicht statt. Das Arbeitsverhältnis gilt als nicht unterbrochen.

-----

SPD. Die Besserung auf dem englischen Arbeitsmarkt, die sich im Oktober erstmalig in diesem Jahr durchsetzte, ist nur vorübergehend gewesen. Nach dem jetzt veröffentlichten Ausweis des englischen Arbeitsministeriums stieg die Zahl der Erwerbslosen im November um 52 800 auf insgesamt 2 799 806 Personen.

Die Enttäuschungen, die England mit der Pfundentwertung durchzumachen hat; kommen am drastischsten auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck. Die jetzige Arbeitslosigkeit liegt allein nach den offiziellen Ziffern, die in England ebenso unzuverlässig sind wie in Deutschland, schon um fast 200 000 Personen höher als im November vorigen Jahres. Berücksichtigt man aber, dass durch die verschärften Gesetze über Arbeitslosenversicherung seit dem Herbst 1931 etwa 500 000 Arbeitslose ausgesteuert wurden und bei den Arbeitsämtern "verschwunden" sind, so muss bei vorsichtiger Schätzung die augenblickliche Arbeitslosigkeit auf ca 3,3 Millionen Menschen geschätzt werden. Bei der weitaus geringeren Bevölkerungszahl Englands entspricht diese Erwerbslosigkeit etwa knapp 5 Millionen Arbeitslosen in Deutschland.

-----

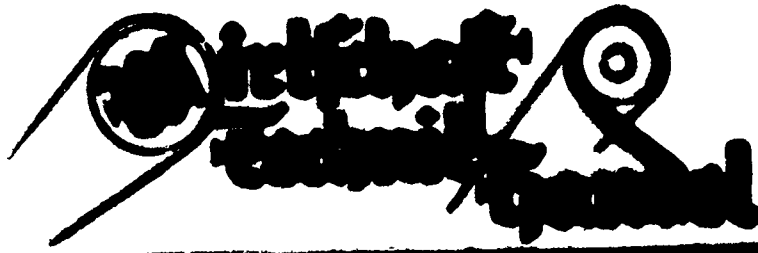
SPD. Die Verkehrskammer des Berliner Arbeitsgerichts verurteilte am Dienstag die Berliner Verkehrsgesellschaft, den Strassenbahnführer Weisshaupt, der im Zusammenhang mit dem Streik fristlos entlassen worden war, wieder einzustellen oder ihm eine Entschädigung von 450 Mark zu zahlen. Das Urteil stützt sich auf die eidliche Aussage von Weisshaupts Schwager, der ebenfalls Strassenbahnführer und heute noch bei der BVG beschäftigt ist, wonach beide sich zusammen auf dem Betriebsbahnhof gemeldet und sich als Arbeitswillige hätten eintragen lassen wollen.

Die Wiedereinstellungsanträge von fünf weiteren Klägern lehnte das Gericht ab, weil sie den Beweis dafür, dass sie an der Arbeitsaufnahme durch die randalierende Menge gehindert worden seien, nicht hätten erbringen können.

-----

SPD. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert Revision der Notverordnungen mit dem Ziel der Beseitigung unerträglicher Härten. Mit besonderem Nachdruck verlangt er die Aufhebung der Blankovollmacht für die Aenderung der sozialpolitischen Gesetzgebung, Aufhebung der Lohnsenkungsverordnung vom 5. September, Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsprogramms auch durch öffentliche Auftragserteilung, Abbau der Kontingentspolitik, zielbewusste Wiederaufnahme der Siedlung in das Arbeitsprogramm der Reichsregierung, ausreichende und gerechte Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung und Wiederherstellung des Versicherungsgedankens in der Arbeitslosenversicherung.

-----



### Sofortprogramm.

Durch Aufträge der Gemeinden könnten 200 000 Menschen beschäftigt werden.

SPD. Die Arbeitsbeschaffung durch Subventionen an das Unternehmertum, durch Lohnkürzungen und Einstellungsprämien, wie sie sich der verflissene Reichskanzler von Papen dachte, hat sich als Fehlschlag und Fiasko erwiesen. Die Entwicklung gab denjenigen Recht, die gegenüber den phantastischen Versprechungen der Regierung Papen gewarnt haben, um Enttäuschungen, die wiederum die Wirtschaft entmutigen müssen, zu vermeiden.

Der Papenplan hatte dazu noch die besondere Spitze, die öffentliche Hand völlig auszuschalten. Die öffentliche Wirtschaft wollte man gewissermaßen als minderwertig, als zweitrangig und als Aschenbrödel kennzeichnen, was sich heute darin rächt, dass man ganz allgemein und mehr als zuvor einsehen kann, dass die öffentliche Wirtschaft bei der Ankurbelung nicht entbehrt werden kann. Heute ist man sich darüber einig, dass die öffentliche Wirtschaft, vor allem die Gemeinden, wieder in die Lage gesetzt werden muss, Aufträge an die Wirtschaft, in erster Linie an die mittleren und kleinen Betriebe zu geben. Der Reichsbankpräsident Luther hat das kürzlich in seiner Münchener Rede besonders unterstrichen.

Nachdem man sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen hat, soll man aber auch den Worten Taten folgen lassen. Redereien und lange Betrachtungen, wie sie gerade in Gefolgschaft der autoritären Regierung üblich geworden sind, bedeuten nur Zeitverlust. Wenn die Gemeinden aber wieder Aufträge herausgeben sollen, dann muss man ihnen finanziell beistehen; dann muss man ihnen in ihrer finanziellen Not, in die sie unverschuldet geraten sind, Hilfe bringen. Voraussetzung für eine wirkliche Ankurbelung der Wirtschaft bedeutet also Milderung der Finanznot bei den Gemeinden.

Von Fachleuten wird berechnet, dass den Gemeinden für's erste wirksam geholfen werden kann, sofern man ihnen mit etwa 500 Millionen Mark beispringt. Damit würden die Gemeinden wieder kaufkräftig werden und könnten Arbeiten an die Industrie vergeben und selbst Arbeiten (Strassenbau usw.) vornehmen. Es ist damit zu rechnen, dass mit diesen 500 Millionen Mark rund 200 000 Arbeitslose wieder Arbeit und Brot finden können.

Die Forderung ist finanziell nicht überspannt. Sie kann erfüllt werden. Sie muss sogar erfüllt werden; denn die Gemeinden gehen in ihrer Finanznot dazu über, lebensnotwendige Arbeiten zu drosseln. Dass derartige Methoden jetzt den Arbeitsmarkt und die öffentliche Wohlfahrt belasten und später zu einer argen und doppelten Belastung der Finanzen führen müssen, versteht sich von selbst.

Diese Gründe müssten schon dafür entscheidend sein, die oben angeregten Forderungen zu einem Sofortprogramm zu erheben.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut gibt das Arbeitseinkommen für das 3. Vierteljahr 1932 mit 6,8 Milliarden an. Es hat einmal, im 3. Vierteljahr 1929, über 11,2 Milliarden betragen. In der Krisenzeit ist eine glatte Halbierung erfolgt.

Im 3. Vierteljahr 1932 zeigt das Arbeitseinkommen gegenüber dem Vorvierteljahr noch immer konjunkturellen Rückgang. Dagegen ist im Unternehmereinkommen, auf das sich ja die Belebung der Wirtschaftstätigkeit sofort auswirkt, eine leichte konjunkturelle Belebung eingetreten. Obwohl nach dem Konjunkturforschungsinstitut die Belegschaften der Verbrauchsgüterindustrien gegen den Papenschen Lohnabbau häufig erfolgreich Widerstand geleistet haben und obwohl die Unternehmer von sich aus die Lohnsenkungsmöglichkeiten nach der Papenschen Notverordnung nicht durchweg ausnutzten, sind Löhne und Gehälter bis zum Oktober 1932 weiter gesunken. Für die Zukunft meint das Institut, "dass das Arbeitseinkommen vielleicht mit der Belebung der Beschäftigung etwas zunimmt, aber nicht mehr sinken wird." Es habe aber "vielfach den Anschein, als ob die Mehrzahl der Arbeitseinkommen so niedrig seien, dass sie mit ihrer Verwendung für Nahrung und Miete zumeist erschöpft sind und damit für den Markt der industriellen Fertigfabrikate überhaupt nicht nennenswert in Frage kommen."

-----

SPD. Das Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule beschäftigt sich in einem Artikel (N. Jasny: "Die Lage am Getreidemarkt") mit der gegenwärtigen Getreidestützungsaktion, die, wenn sie so leichtsinnig und hemmungslos fortgesetzt wird wie bisher, zu einer Katastrophe für die Landwirtschaft führen muss und zwar schon im nächsten Jahr. Jasny stellt fest, dass die deutsche Getreide- und Kartoffelernte in diesem Jahr mindestens den vermutlichen Bedarf voll deckt. In den letzten 4 Jahren beträgt die Produktionssteigerung an Getreide und Kartoffeln, Kartoffeln auf Getreide umgerechnet, rund 3 Millionen Tonnen. Hätte sich diese Produktionssteigerung unter normalen Voraussetzungen vollzogen, dann müsste man sie begrüßen. Das ist aber leider nicht der Fall. Jasny unterstreicht, dass das Verhältnis der Getreidepreise zu den produktiven Erzeugerkosten schon an sich eine ziemlich beträchtliche Ausdehnung der Getreideproduktion gewährleistete. Dazu kam die Überhöhung der Getreidepreise durch Zollschutz, Stützungsmaßnahmen der Regierung, Subventionen usw., während die Viehpreise fielen. So erklärt es sich, dass trotz ununterbrochener Verschlechterung der Rentabilität der gesamten Landwirtschaft der Getreidebau nicht eingeschränkt wurde, sondern sich ausdehnte.

Andererseits verminderten Krise und überhöhte Getreidepreise den Verbrauch. Während der Getreidebau in Deutschland ausgedehnt wurde, ging der Konsum zurück. Nach Jasny wäre der Bedarf an Getreide und Kartoffeln, Kartoffeln auf Getreide umgerechnet, bei normalen Wirtschaftsverhältnissen etwa 2 Millionen Tonnen grösser gewesen als er jetzt ist. Die deutsche Bevölkerung musste während der Krise und infolge der überhöhten Getreidepreise den Schmachtriemen in einer Weise fester schnallen, die Minderkonsum von 2 Millionen Tonnen Getreide bedeutet.

Dieser Minderkonsum hat die Getreidemärkte ruiniert. Die gegenwärtigen Getreidepreise können nur mit Hilfe staatlicher Käufe aufrechterhalten werden, was Millionen und Abermillionen kostet. Die uferlose Getreidesubventionenpolitik ist die eine Gefahr, die andre Gefahr zeigt Jasny auf, indem er sagt: "Eine Hinübernahme des vorhandenen Getreideüberschusses ins nächste Jahr - also die Getreideaufkäufe der Regierung - kann sich als gefährliche Massnahme erweisen, wenn der Produktionsanstieg anhält und keine Stärkung des Bedarfs durch Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage eintreten



wird." Jasny verweist damit auf die Tatsache, dass die überhöhten Getreidepreise zu einer Erweiterung der Anbauflächen verleiten. Im nächsten Jahr wird sich sehr wahrscheinlich die Getreideschwemme, der Ueberfluss an Getreide und Kartoffeln noch mehr steigern. Gegen eine derartige Steigerung helfen dann auch die Subventionen der Regierung nicht mehr. In solchen Fällen erfolgt die zwangsweise Drosselung der Produktion. Der Landwirt bezahlt einen solchen Prozess mit Verlust von Kapital und Einkommen, der Verbraucher mit phantastisch hohen Getreidepreisen. Dahin muss die gegenwärtige Getreidepolitik der Regierung führen.

-----

SPD. Die agrarische Presse verweist darauf, dass die Verständigung zwischen dem Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und dem Reichslandwirtschaftsminister Freiherr von Braun keineswegs die Beendigung des Kampfes um die Kontingente bedeute. Das Verbleiben des Reichslandwirtschaftsministers im Kabinett Schleicher dürfe auch nicht als Waffenstillstand aufgefasst werden. Der Kampf werde fortgesetzt. Eine dem Reichslandwirtschaftsminister nahestehende Zeitschrift verlangt u.a. die Festsetzung von Kontingenten, noch bevor Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Ländern aufgenommen werden.

Den agrarischen Organisationen selbst, die sich darüber klar sind, dass ihr ursprüngliches Kontingentierungsprojekt Schiffbruch erlitten hat, scheint so etwas wie eine kalte Kontingentierung vorzuschweben. Man will bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen mit Holland, Jugoslawien und Schweden so hohe Agrarzölle durchsetzen, dass die Einfuhr von Agrarartikeln nach Deutschland von vornherein unmöglich ist. Auf diesem Wege, so bildet man sich ein, könne man den Streitpunkt der autonomen Kontingente umschiffen. Prohibitive werden von den landwirtschaftlichen Organisationen so ziemlich für alle Einfuhrwaren verlangt, die auf jener berühmten Liste stehen, die zwischen den Organisationen und dem Reichslandwirtschaftsministerium im Sommer vereinbart wurde. Vor allem soll aber die Einfuhr von Obst, Schmalz, Speck, Rindern, Holz, Gemüse und Käse unterbunden werden.

Wenn es den landwirtschaftlichen Organisationen gelingt, diese Forderungen durchzusetzen, dann erreichen sie die Kontingentierung tatsächlich. Aber man darf sich nicht darüber täuschen, dass Holland, Jugoslawien, Schweden und schliesslich Italien prohibitive Zölle ebenso energisch ablehnen werden wie die autonomen Kontingente. Die Wirkungen einer solchen Handels- und Agrarpolitik auf den deutschen Export und die deutschen Arbeitsmärkte müssten also dieselben sein wie beim Kontingentierungsrummel.

-----

Berliner Viehmarkt.

-----

(6. Dez.)

SPD. Rinder und Schweine waren billiger als am Vormarkt. Dagegen setzte sich bei Kälbern und Schafen eine Erholung der Preise durch. Die uneinheitliche Preisentwicklung beruhte durchweg auf einer verschiedenen Beschickung der Märkte. Am Kälbermarkt gab es mittelmässiges Geschäft, während das Geschäft am Hammelmarkt besser ausfiel.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund - (-), b) 240-300 Pfd. 38-40 (40-41), c) 200-240 Pfd. 37-38 (38-40), d) 160-200 Pfd. 34-36 (36-37), e) 120-160 Pfd. 32-33 (33-34), Sauen 34-35 (35-36). Kühe: a) 22-24 (24-26), b) 18-20 (20-23), c) 14-17 (15-18), d) 8-13 (10-14). Kälber: a) -(-), b) 28-46 (36-43) c) 25-38 (24-35), d) 15-23 (15-22).

-----

wird." Jasny verweist damit auf die Tatsache, dass die überhöhten Getreidepreise zu einer Erweiterung der Anbauflächen verleiten. Im nächsten Jahr wird sich sehr wahrscheinlich die Getreideschwemme, der Ueberfluss an Getreide und Kartoffeln noch mehr steigern. Gegen eine derartige Steigerung helfen dann auch die Subventionen der Regierung nicht mehr. In solchen Fällen erfolgt die zwangsweise Drosselung der Produktion. Der Landwirt bezahlt einen solchen Prozess mit Verlust von Kapital und Einkommen, der Verbraucher mit phantastisch hohen Getreidepreisen. Dahin muss die gegenwärtige Getreidepolitik der Regierung führen.

-----

SPD. Die agrarische Presse verweist darauf, dass die Verständigung zwischen dem Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold und dem Reichslandwirtschaftsminister Freiherr von Braun keineswegs die Beendigung des Kampfes um die Kontingente bedeute. Das Verbleiben des Reichslandwirtschaftsministers im Kabinett Schleicher dürfe auch nicht als Waffenstillstand aufgefasst werden. Der Kampf werde fortgesetzt. Eine dem Reichslandwirtschaftsminister nahestehende Zeitschrift verlangt u.a. die Festsetzung von Kontingenten, noch bevor Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Ländern aufgenommen werden.

Den agrarischen Organisationen selbst, die sich darüber klar sind, dass ihr ursprüngliches Kontingentierungsprojekt Schiffbruch erlitten hat, scheint so etwas wie eine kalte Kontingentierung vorzuschweben. Man will bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen mit Holland, Jugoslawien und Schweden so hohe Agrarzölle durchsetzen, dass die Einfuhr von Agrarartikeln nach Deutschland von vornherein unmöglich ist. Auf diesem Wege, so bildet man sich ein, könne man den Streitpunkt der autonomen Kontingente umschiffen. Prohibitive werden von den landwirtschaftlichen Organisationen so ziemlich für alle Einfuhrwaren verlangt, die auf jener berühmten Liste stehen, die zwischen den Organisationen und dem Reichslandwirtschaftsministerium im Sommer vereinbart wurde. Vor allem soll aber die Einfuhr von Obst, Schmalz, Speck, Rindern, Holz, Gemüse und Käse unterbunden werden.

Wenn es den landwirtschaftlichen Organisationen gelingt, diese Forderungen durchzusetzen, dann erreichen sie die Kontingentierung tatsächlich. Aber man darf sich nicht darüber täuschen, dass Holland, Jugoslawien, Schweden und schliesslich Italien prohibitive Zölle ebenso energisch ablehnen werden wie die autonomen Kontingente. Die Wirkungen einer solchen Handels- und Agrarpolitik auf den deutschen Export und die deutschen Arbeitsmärkte müssten also dieselben sein wie beim Kontingentierungsrummel.

-----

Berliner Viehmarkt.

-----

(6.Dez.)

SPD. Rinder und Schweine waren billiger als am Vormarkt. Dagegen setzte sich bei Kälbern und Schafen eine Erholung der Preise durch. Die uneinheitliche Preisentwicklung beruhte durchweg auf einer verschiedenen Beschickung der Märkte. Am Kälbermarkt gab es mittelmässiges Geschäft, während das Geschäft am Hammelmarkt besser ausfiel.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund - (-), b) 240-300 Pfd. 38-40 (40-41), c) 200-240 Pfd. 37-38 (38-40), d) 160-200 Pfd. 34-36 (36-37), e) 120-160 Pfd. 32-33 (33-34), Sauen 34-35 (35-36). Kühe: a) 22-24 (24-26), b) 18-20 (20-23), c) 14-17 (15-18), d) 8-13 (10-14). Kälber: a) -(-), b) 28-46 (36-43) c) 25-38 (24-35), d) 15-23 (15-22).

-----

Stützungsstellen einzige Käufer.

(Berliner Getreidebörse vom 6. Dezember.)

SPD. Die Stützungsstellen konnten sich am Dienstag vor dem anschwellenden Angebot nur retten, indem sie die Notierungen ganz erheblich heruntersetzten. Am Promptmarkt wurde die Weizennotiz um 2 Mark ermässigt, die Roggennotiz um 1 Mark. Am Lieferungsmarkt verloren die Notierungen für beide Brotgetreidearten bis 2 Mark. Die Stützungsstellen mussten dennoch ganz erhebliche Mengen aufnehmen. Während der Regierungskrise hat die Landwirtschaft mit Verkäufen zurückgehalten. Jetzt sucht man anscheinend die Kursgewinne der letzten Tage mitzunehmen. Das eigentliche Geschäft lag nach wie vor schlecht. Das gleiche gilt für das Mehlgeschäft. Bei Roggenmehl kam es zu einer Ermässigung der Notiz. Wo Umsätze getätigt wurden, sind die Stützungsstellen die Käufer.

	5.12.	6.12.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	190 - 192	188 - 190
Roggen	152 - 154	151 - 153
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industriergerste	161 - 168	161 - 168
Hafer	121 - 126	119 - 124
Weizenmehl	24,00 - 26,75	24,00 - 26,60
Roggenmehl	19,75 - 22,00	19,60 - 21,80
Weizenkleie	9,45 - 9,75	9,45 - 9,75
Roggenkleie	8,80 - 9,15	8,80 - 9,15

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 203 $\frac{1}{2}$  - 202 $\frac{1}{2}$  (Vortag 204 $\frac{1}{2}$ ), März 205 $\frac{3}{4}$  - 205 $\frac{1}{2}$  (207 $\frac{1}{2}$ ), Mai 208 $\frac{3}{4}$  - 208 $\frac{1}{2}$  (210 $\frac{1}{4}$ ). Roggen Dezember 163 $\frac{1}{2}$  - 163 (164 $\frac{3}{4}$ ), März 167 - 167 (169), Mai 170 $\frac{1}{2}$  - 170 $\frac{1}{2}$  (172.) Hafer Dezember 129 $\frac{1}{2}$  (131), März 132.

-----  
Rauhfutternotierungen.  
-----

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	.....R#	0,65 - 0,80
" " Weizenstroh " "	.....R#	0,45 - 0,60
" " Haferstroh " "	.....R#	0,45 - 0,60
" " Gerstenstroh " "	.....R#	0,45 - 0,60
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	.....R#	0,75 - 1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh	.....R#	0,60 - 0,80
" " Weizenstroh	.....R#	0,45 - 0,60
Häcksel	Tendenz ruhig	.....R# 1,30 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	.....R#	1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken	1. Schnitt	.....R# 1,80 - 2,00
Luzerne, lose	.....R#	2,25 - 2,55
Thymothee, lose	.....R#	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	.....R#	2,10 - 2,40
Drahtgepresstes Heu	.....R#	0,40 über Notiz

Tendenz: stetig.

-----